

Joseph Stiglitz:

"Das Bewusstsein wächst, dass Trump nicht der Richtige ist"

Noch gibt es Hoffnung für die USA, sagt Nobelpreisträger Joseph Stiglitz. Denn die Corona-Krise könnte Donald Trump das Amt kosten. Dann sei der Weg für den Wandel frei.

Interview: **Marcus Gatzke**

26. Mai 2020



Donald Trump vor dem Weißen Haus in Washington © Jonathan Ernst/Reuters

Joseph E. Stiglitz ist Professor an der Columbia University und war Vorsitzender des Council of Economic Advisers der Regierung von Bill Clinton sowie Senior Vice President und Chief Economist der Weltbank. Im Jahr 2001 erhielt er den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften. Mitte Februar erschien sein neues Buch auf Deutsch: "Der Preis des Profits: Wir müssen den Kapitalismus vor sich selbst retten!"

ZEIT ONLINE: Professor Stiglitz, die Corona-Pandemie hat die USA besonders hart getroffen. Sie analysieren seit Jahrzehnten Wirtschaftskrisen auf der ganzen Welt. Haben Sie schon einmal irgendetwas Vergleichbares erlebt?

Joseph Stiglitz: Diese Krise ist mindestens so schlimm wie die große Depression. Was sie besonders trügerisch macht: Wir erleben gerade einen Nachfrage- und einen Angebotsschock – gleichzeitig. Das hat es so noch nicht gegeben. Auch der Anstieg der Arbeitslosigkeit in nur wenigen Wochen um rund 40 Millionen ist beispiellos. Wir wissen zudem nicht, wie sich die Pandemie weiter entwickeln wird. Wir wissen auch nicht, welche Maßnahmen die Politik noch ergreifen wird. Die Unsicherheit ist riesig.

ZEIT ONLINE: In den USA heben viele Bundesstaaten die Beschränkungen bereits wieder auf und hoffen auf eine schnelle Erholung der Wirtschaft. Wie realistisch ist das?



Joseph Stiglitz © Jean-Christophe Bott/dpa

Stiglitz: Ich kann mir nicht vorstellen, dass noch irgendjemand ernsthaft an eine rasche Erholung glaubt. Der Lockdown hat in den USA Ende März begonnen. Damals haben noch viele angenommen, dass es nur eine kurze Unterbrechung sein wird. Die Gesetze, die im Kongress beschlossen wurden, gingen davon aus, dass es im schlimmsten Fall acht oder vielleicht zehn Wochen dauern wird. Alle Programme sind bis zum 1. Juni befristet. Jetzt sind wir nur noch eine Woche von diesem Datum entfernt. Bis dahin wird die Pandemie nicht beendet sein.

ZEIT ONLINE: Wie beurteilen Sie die bisherige Strategie der Trump-Regierung?

Stiglitz: Es ist ein Desaster. Die Krise zeigt uns, wie wichtig in einer Demokratie ein funktionierender Staat sowie gute Wissenschaft und Expertise sind. In den USA wurde der Staat in den vergangenen 40 Jahren kleingehalten und schlechtgemacht. Das hat die Möglichkeiten, sich auf eine solche Krise vorzubereiten, erheblich eingeschränkt. Die Trump-Regierung hat die Wissenschaft schlechtgeredet und deren Budgets massiv gekürzt. Bereits 2018 wurde beispielsweise das Gremium, das sich mit dem Kampf gegen Pandemien beschäftigt, komplett aufgelöst. Die amtierende Regierung hat mit großem Aufwand dafür gesorgt, dass wir noch unvorbereiteter waren als sowieso schon.

ZEIT ONLINE: Aber es wurden auch riesige Rettungsprogramme aufgelegt.

Stiglitz: Ja, es wurden rund drei Billionen Dollar bereitgestellt. Wenn man die Maßnahmen der (Notenbank) FED hinzunimmt, verdoppelt sich die Summe noch mal. Nur wurde unglücklicherweise nicht sehr zielgerichtet agiert. Die Maßnahmen sollten den Anstieg der Arbeitslosigkeit bremsen, das Geld sollte möglichst bei den Ärmsten ankommen. Nichts davon wurde wirklich erreicht. Der Kongress war zwar bereit, viel Geld auszugeben, und dafür muss man ihn loben. Aber am Ende hat die Wirtschaftslobby bestimmt, wohin das Geld fließt.

Die amtierende Regierung hat mit großem Aufwand dafür gesorgt, dass wir noch unvorbereiteter waren als sowieso schon.

Joseph Stiglitz

ZEIT ONLINE: Können Sie ein Beispiel nennen?

Stiglitz: Einer der größten Defekte der amerikanischen Wirtschaft ist das private und öffentliche Sozialsystem. Es ist wohl das schwächste unter allen entwickelten Ländern. In den USA ist beispielsweise eine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall nicht gesetzlich vorgeschrieben.

Inmitten einer Pandemie wollen sie nicht, dass kranke Menschen arbeiten gehen. Millionen von Amerikanern leben jedoch von der Hand in den Mund, sie besitzen keine Reserven. Im Kongress wurde deshalb eine obligatorische Lohnfortzahlung beschlossen, wenn jemand an Corona erkrankt. Die geballte Lobbymacht der großen Unternehmen hat es aber geschafft, dass alle Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern davon ausgenommen wurden. Mit anderen Worten: Für mehr als die Hälfte aller Beschäftigten in den USA hat das Gesetz keine Wirkung.

ZEIT ONLINE: Sie haben den enormen Jobverlust bereits erwähnt. Einige Experten gehen davon aus, dass diese Krise die Digitalisierung und Automatisierung der Wirtschaft beschleunigen wird. Wie viele Arbeitsplätze gehen derzeit für immer verloren?

Stiglitz: Die amerikanische Wirtschaft macht gerade eine Transformation durch. Das war auch schon in der Finanzkrise 2008 der Fall. Und natürlich beschleunigen solche Krisen den strukturellen Wandel. Nehmen sie den Einzelhandel: Der hat es ohnehin schwer, mit Internethändlern wie Amazon zu konkurrieren. In der Krise gehen nun viele Jobs verloren und nur wenige werden wieder zurückkommen. Oder die Fluggesellschaften: Für sie wird es sehr lange dauern, die Krise zu meistern. Viele Unternehmen haben erkannt, dass man Geschäfte auch mithilfe von Videokonferenzen machen kann.

ZEIT ONLINE: Was bedeutet diese Entwicklung für ein Land, in dem die Ungleichheit ohnehin schon sehr hoch ist und der Wille zur Umverteilung eher gering?

Stiglitz: Wenn die Politik nicht gegensteuert, wird die Ungleichheit weiter in die Höhe getrieben. Deshalb kommt den Wahlen im November eine besonders wichtige Rolle zu. Die Trump-Regierung versucht alte Industrien zu schützen. Industrien wie die Kohle, die nicht Teil einer zukünftig dynamischeren und wissensbasierten Wirtschaft sein werden. Die Demokraten sorgen sich dagegen viel mehr um die soziale Ungerechtigkeit im Land, sie wollen die Transformation der Wirtschaft sozial gestalten. Die Wahl im November ist deshalb eine Richtungsentscheidung. Wenn die Bevölkerung den Trump-Weg wählt, werden die Arbeitslosigkeit und die Ungleichheit

auf lange Sicht hoch bleiben. Gewinnt er die Wahl, wird es sehr hart für die USA, aber auch den Rest der Welt.

"Wir leben immer noch in einer Demokratie, sei sie noch so fehlerhaft"

ZEIT ONLINE: Was ist Ihre Prognose?

Stiglitz: Die Krise hat die Wahrscheinlichkeit deutlich erhöht, dass Trump die Wahl verliert. Viele Menschen haben erkannt, dass wir eine gute Regierung brauchen, dass Wissenschaft wichtig ist, dass Partialinteressen oft gefährlich für die gesamte Gesellschaft sind. Hinzu kommt die spezielle Persönlichkeit von Donald Trump. Mit jedem Tag wächst das Bewusstsein, dass dieser Mann nicht der Richtige ist, um in einer solchen Krise zu regieren. Ein Mensch, der den Bürgern empfiehlt, Desinfektionsmittel zu trinken oder die Gesetze in Michigan zu missachten.

ZEIT ONLINE: Auch wenn Trump die Wahl verliert: Woher kommt Ihr Optimismus, dass sich die USA wirklich wandeln? Sie haben die Macht des Geldes in der US-Politik bereits erwähnt. Die wird sich erst mal nicht verringern, egal wer im Weißen Haus sitzt.

Stiglitz: Das stimmt. In der demokratischen Partei gibt es jedoch eine starke Mehrheit, die über die Macht des Geldes und der Lobbygruppen sehr besorgt ist. Hinzu kommt, dass rund zwei Drittel der Amerikaner Veränderungen wollen – eine strengere Waffenkontrolle beispielsweise, einen höheren Mindestlohn oder eine Krankenversicherung für alle. Gerade unter den jungen Menschen ist der Wille zur Veränderung sehr groß.

ZEIT ONLINE: Woher kommt dieser Wille?

Für viele Amerikaner hat eines die höchste Priorität: Trump muss aus dem Weißen Haus raus.

Joseph Stiglitz

Stiglitz: Die aktuelle Krise hat den Glauben in den Markt in den USA erschüttert. Der Markt war beispielsweise nicht in der Lage, die notwendigen Masken oder die notwendigen Schutzausrüstungen zu produzieren. Sie müssen sich das wie einen stetigen Tropfen vorstellen, der die gängigen Vorstellungen in den USA erodieren lässt. Bereits 2008 hat der Markt nicht wie versprochen, die Jobs geschaffen, die die Menschen gebraucht hätten.

ZEIT ONLINE: Aber die Vorwahlen hat nicht der Linke Bernie Sanders, sondern der gemäßigte Joe Biden gewonnen.

Stiglitz: Dass Joe Biden die Vorwahlen gewonnen hat, wurde von manchen als Sieg über die Progressiven in der Partei missverstanden. Für viele Amerikaner hat jedoch eines die höchste Priorität: Trump muss aus dem Weißen Haus raus. Er ist gefährlich – für unsere Wirtschaft, für unsere Demokratie, für unser Land. Deshalb haben die Demokraten für den Kandidaten gestimmt, der die größten Chancen hat, gegen Trump zu gewinnen. Das habe ich in den vielen Gesprächen, die ich im ganzen Land geführt habe, immer wieder festgestellt. Was man auch nicht vergessen darf: Biden wurde damals von Barack Obama ausgesucht, um die Linken in der Partei zu repräsentieren. Das zeigt, wie stark sich die Partei in den vergangenen Jahren verändert hat.

ZEIT ONLINE: Durch die Krise werden die Staatsschulden in den USA enorm steigen. Wie viel Handlungsspielraum hat da ein neuer Präsident überhaupt?

Stiglitz: Genug. Die Unternehmenssteuern könnten erhöht werden, ohne dass sich dadurch die Investitionen verringern würden. Auch die Spitze der Vermögens- und Einkommenspyramide können wir stärker verpflichten. Eine Erbschaftssteuer könnte verhindern, dass sich die USA endgültig zu einer Plutokratie der Reichen entwickeln. Auch eine gut konzipierte CO₂-Steuer wäre sinnvoll. Damit ließen sich zusammen Billionen Dollar einnehmen. Hinzu kommt, dass die Zinsen und damit auch die Zinslast des Staates auf längere Sicht niedrig bleiben werden.

ZEIT ONLINE: Wenn man Ihnen zuhört, könnte man zum Schluss kommen, dass Donald Trump am Ende doch etwas Gutes hat. Er hat das Bewusstsein für einen notwendigen und radikalen Wandel gestärkt.

Stiglitz: Ja. Das ist zumindest der Silberstreifen am Horizont, an den ich glaube. Im November werden wir sehen, ob sich diese Hoffnung bewahrheitet. Wir leben immer noch in einer Demokratie, sei sie noch so fehlerhaft. Wenn nur genug Menschen wählen gehen, dann können wir unser System reformieren.